



Diese Woche:

Seite 2 :
9,8 Mrd. Euro für
Familien

Liebe Leserinnen und Leser,

Neben des Feiertages zur Deutschen Einheit jährte sich am 3. Oktober zum 30. Mal der Todestag von Franz Josef Strauß. Auch die CSU-Landesgruppe in Berlin erinnerte an den Visionär und Ausnahmepolitiker. Seinem Erbe fühlt sich die CSU im Bundestag bis heute verpflichtet: „Dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts“.

In diesem Sinne freut es mich besonders, dass wir diese Woche den Gesetzesentwurf in 1. Lesung zum Familienentlastungsgesetz im Deutschen Bundestag beraten haben. Damit werden wir eine lange Forderung der CSU zur finanziellen Entlastung für Familien in Deutschland voranbringen. Eine weitere Entlastung ist der längst überfällige

Abbau des Solidaritätszuschlages für alle Menschen in Deutschland. Ich habe dazu bereits einen Vorstoß gewagt. In meiner Rede am Donnerstag ging ich erneut auf einen schnellen, aber überlegten Abbau ein.

Herzliche Grüße

Ihr



Seite 3:
Beratung zum LFGB



Seite 4:
Soli-abschaffung mit Kopf und Verstand





9,8 Milliarden Euro für Familien

Ab 2019 werden vor allem Familien mit Kindern bei der Steuer entlastet. Mit dem Familienentlastungsgesetz werden dann insbesondere Familien mit geringen oder mittleren Einkommen um insgesamt rund 9,8 Milliarden Euro entlastet.

Alle Familien profitieren

Bereits im Koalitionsvertrag hatte die Große Koalition eine finanzielle Entlastung von Familien vereinbart, nun kommt mit dem Familienentlastungsgesetz nur knapp sieben Monate später die Umsetzung dieses Versprechens. Ab 2019 steigen Kindergeld und Kinderfreibetrag. „Uns ist es wichtig, dass alle Familien profitieren und damit die Mitte der Gesellschaft entlastet wird“, sagt die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Nadine Schön. Diese Maßnahmen gehörten für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen dieser Legislaturperiode, so Schön weiter.

„Was wir versprochen haben, das halten wir auch“

Vom Familienentlastungsgesetz sollen in Deutschland rund 17 Millionen Kinder und ihre Familien profitieren. „Bei nahezu allen Familien bildet das Kindergeld einen erheblichen Anteil am Haushaltseinkommen“, so Schön. „Wir wollen das Kinder in unserem Land gut aufwachsen können.“ Daher sei es besonders wichtig, Familien in unserem Land zu stärken. Mit den Maßnahmen des Familienentlastungsgesetzes zeige die Unionsfraktion, dass sie für Familien ein verlässlicher Partner sei. „Was wir versprochen haben, das halten wir auch“, betonte Nadine Schön.



Kindergeld und Freibeträge steigen

Ab dem 1. Juli 2019 soll das Kindergeld um monatlich 10 Euro/ Kind steigen. Zum 1.1.2021 erfolgt eine weitere Erhöhung um insgesamt 15 Euro. Gleichzeitig werden der steuerliche Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag angepasst. Der Kinderfreibetrag steigt für 2019 um 192 Euro und für 2020 um weitere 192 Euro. Der Grundfreibetrag wird ebenfalls erhöht – zunächst um 168 Euro und ein Jahr später auf insgesamt 408 Euro. Schließlich wird durch eine Anpassung des Einkommensteuertarifs die Wirkung der kalten Progression ausgeglichen.

Steuereinnahmen unmittelbar reinvestieren

„Durch sparsame Haushaltsführung und die gute wirtschaftliche Lage sprudeln derzeit die Steuereinnahmen. Einen Teil dieser Einnahmen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zurückgeben“, erklärten die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Antje Tillmann und Johannes Steiniger, zuständiger Berichterstatter der Fraktion für dieses Gesetzesvorhaben. Bis zum Jahr 2022 sollen Familien um insgesamt fast 35 Milliarden Euro entlastet werden.



Lebensmittel- und Futtermittelgesetz (LFGB) in Erster Lesung beraten

Deutschland hat die sichersten und besten Lebensmittel im weltweiten Vergleich. Aus einer aktuellen Umfrage des Bundesamtes für Risikobewertung geht hervor, dass 81 % der Verbraucher, die Sicherheit von Lebensmitteln im Allgemeinen als „sicher“ oder „eher sicher“ einstufen.

In Anbetracht des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 21. März dieses Jahres sprachen wir heute auch über die Anpassung des § 40 Abs. 1a LFGB hinsichtlich der verfassungskonformen Anwendung. Für eine verfassungskonforme Anwendung des Gesetzes fehlt laut Bundesverfassungsgericht noch eine Regelung zur Dauer der Veröffentlichung. In dem Gesetzentwurf in erster Lesung ist nach dem heutigen



Stand eine Dauer von 6 Monaten vorgesehen. Dies sehe ich, als Handwerksmeister, noch als verbesserungswürdig an und werde mich, wie auch in den letzten vier Jahren, dafür einsetzen, dass wir den Gesetzentwurf deutlich verbessern werden. Darüber hinaus sind dringend Vorkehrungen zum Datenschutz sowie zum Umgang mit persönlichen Daten zu treffen.



Die CSU ist politischer Taktgeber in Deutschland

Die CSU im Bundestag ist der bürgerlich-konservative Taktgeber der Politik in Berlin. Wir haben diese Positionen in den Koalitionsverhandlungen mit CDU und SPD durchgesetzt und einen christlich-sozial geprägten Koalitionsvertrag mit soliden Finanzen, breiten Entlastungen, einer Rekordförderung für Familien, dem Bayern-Standard bei der Sicherheit, einer Begrenzung der Zuwanderung und einem digitalen und wirtschaftlichem Aufbruch für den Wohlstand von morgen erreicht. In zahlreichen Themenfeldern haben wir bereits konsequent geliefert. Wir haben einen Rekordhaushalt mit spürbaren Entlastungen, Investitionen in Infrastruktur und Innovationen sowie die schwarze Null

durchgesetzt. Wir haben eine Wohnraumoffensive mit Baukindergeld und Sonder-Abschreibung für neue Wohnungen gestartet. Wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte abgeschafft und die Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung gesteigert. Damit haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, um in dieser Wahlperiode das Leben der Menschen in unserem Land weiter spürbar zu verbessern, unsere wirtschaftliche und soziale Stärke für die Zukunft weiter fortzuschreiben und für Recht und Ordnung zu sorgen. Jetzt geht es darum, das konsequent fortzusetzen. Dabei bekennen wir uns klar zur bürgerlichen Mehrheit, zur politischen Mitte in unserem Land. Denn Deutsch-

land besteht nicht aus politischen Rändern – auch wenn die besonders laut sind –, sondern vor allem aus Millionen an Menschen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen, vielen jungen Menschen, die Familien gründen und Kinder großziehen, und aus engagierten Unternehmern, die Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen. Diese Menschen dürfen nicht zur vergessene Mitte in unserem Land werden – sie sind im Zentrum unserer Politik. Das ist unser Auftrag als CSU und den setzen wir um.



Foto: Alexander Dobrindt

Offen für eine rasche Abschaffung des Soli



In der aktuellen Sitzungswoche hielt ich am Donnerstag Abend eine Rede zum Solidaritätszuschlag. Ich habe meine klare Position vertreten – der Soli muss befristet sein und zwar für alle Steuerzahler. Jedoch stehen die CDU, CSU und SPD in der Regierungsverantwortung. Da ist es ein Leichtes, aus der Opposition heraus Forderungen zu stellen, die weder FDP, noch AfD einhalten können und nur künftige Generationen mehr belasten würden. Der Soli ist nicht einfach nebenbei abzubauen. Es bedarf hier langer und intensiver Diskussionen und vor allem bedarf es der nötigen finanziellen Mittel.



Foto: Tobias Koch

Arbeitsmigration von A bis Z

Im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung sagte Unions-

Fraktionschef Ralph Brinkhaus, es dürften "keine Menschen ins Land gelassen werden, die uns nicht nachhaltig weiterhelfen".

Das neue Einwanderungsgesetz, dessen Eckpunkte die Koalition gerade beschlossen hat, soll festlegen, wer nach Deutschland darf und wer nicht. Was genau haben Sie vor?

Das Gesetz ist ein Beitrag, den Fachkräftemangel zu beheben. Es dürfen über dieses Gesetz keine Menschen ins Land gelassen

werden, die uns nicht nachhaltig weiterhelfen. Darauf wird die Unions-Bundestagsfraktion im Gesetzgebungsverfahren streng achten. Wir wollen die Arbeitsmigration von A bis Z steuern.

Wie?

Neu ist der Punkt, dass Fachkräfte auch zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate ins Land kommen dürfen. Voraussetzung ist u.a.: Nachweis einer Qualifikation und der Deutschkenntnisse. Das Gesetz soll bezüglich der Einreise zur Arbeitsplatzsuche nach 5 Jahren automatisch auslaufen. Das ist uns als Fraktion wichtig. Denn wir werden intensiv überprüfen, ob die Regelungen nicht dazu missbraucht werden, um un- oder geringqualifizierte Migranten

unter Umgehung des Asylrechts ins Land zu holen.

Noch ist offen, welche Chance Migranten bekommen, die einen Job haben, aber nur geduldet sind. Stimmt es, dass 176 000 Geduldete die Chance auf einen besseren Aufenthaltsstatus hätten?

Asyl- und Erwerbsmigration bleiben getrennt. Aber schon jetzt kann ein geduldeter Ausländer zu einem gefestigten Aufenthaltsstatus kommen. Die Kriterien dafür sollen klarer gefasst werden. Es darf aber weiterhin keinen Automatismus geben, dass ein geduldeter Ausländer nach einer gewissen Zeit immer einen festen Bleibestatus bekommt. Alles andere wäre eine Einladung zu illegaler Migration.



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de